

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 866846 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudi Schöfberger MdB sieht in den Ergebnissen vom 17. Mai eine Stimulanz für die SPD: Chancen auch in den Großstädten.

Seite 1

Renate Schmidt MdB verurteilt den bayerischen Maßnahmenkatalog zur AIDS-Bekämpfung: Gauweiler wird zum Gesundheitsrisiko.

Seite 3

Karl Hermann Haack MdB setzt sich mit dem Verhältnis von Staat und Pharmaindustrie auseinander: Die Arzneimittelsicherheit erhöhen.

Seite 4

Dokumentation
Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten hat sich in München besorgt über die zunehmenden neonazistischen Tendenzen geäußert. Wortlaut ihrer Erklärung

Seite 6

42. Jahrgang / 95

20. Mai 1987

Der 17. Mai begründet neue Hoffnung

Eine selbstbewußte SPD hat auch Chancen in den Großstädten

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Die Landtagswahlergebnisse von Hamburg und Rheinland-Pfalz haben auch in der bayerischen SPD neue Hoffnungen geweckt. In Hamburg hat die SPD nach einem vorbildlichen Wahlkampf und bereits ein halbes Jahr nach der Wahlschlappe vom November 4,7 Prozent zugelegt und damit ihre dominierende Rolle zurückerobert. Ohne SPD ist in der Hansestadt nicht zu regieren.

Zumal für die in den Großstädten in letzter Zeit gebeutelten Sozialdemokraten weckt das neue Hoffnung und neuen Mut. Diejenigen, die schon das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ vorhergesagt haben, sind durch die Hamburger eines besseren belehrt worden. Eine einige, tatkräftige, glaubwürdige und mutige SPD, die selbstbewußt auf sich selbst und nicht auf zweifelhafte Kombinationen setzt, sieht nicht dahin, sondern blüht auf. Die Hamburger Wählerinnen und Wähler haben die hanseatischen Sozialdemokraten offenbar prämiert, weil sich diese konsequent geweigert hatten, sich auf ein rot-grünes Abenteuer einzulassen. Gleichzeitig haben die Hamburger den grünen Verweigerern eine scharfe Abfuhr erteilt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung durch
my-sinnliche-Reaktion
Reinhold-Paper



In Rheinland-Pfalz konnte die SPD zwar zahlenmäßig nicht zulegen. Sie hat aber ihre Stellung gut behauptet und in den Städten Zweibrücken und Pirmasens sogar zugelegt. Das ist angesichts der Tatsache, daß zwei Konkurrenzparteien nun in den Landtag eingezogen sind, bedauerlich. In Rheinland-Pfalz hat die CDU nach 40jähriger Regierung 6,8 Prozent und die absolute Mehrheit verloren. Das gibt auch der bayerischen SPD Hoffnung: Die CSU, die schon von 62 Prozent auf 55 Prozent gefallen ist, wird - auch wenn sie schon 30 Jahre lang in Bayern regiert - hierzulande nicht ewig regieren. Schon beim nächstenmal kann sie hierzulande die absolute Mehrheit verlieren.

Die Blühträume der Grünen halten sich mit + 1,4 Prozent in Rheinland-Pfalz in engen Grenzen, in Hamburg weiken sie mit - 3,4 Prozent schon ganz deutlich. Die Grünen sind gleichwohl nach wie vor für uns Sozialdemokraten eine ernstzunehmende Konkurrenz. Aber wir haben keinerlei Grund, unsere politischen Positionen zu ändern. In den Großstädten haben die Grünen ihre Zukunft wahrscheinlich bald wieder hinter sich.

Die FDP ist ohne Zweifel gestärkt aus den beiden Wahlen hervorgegangen. Der Umstand, daß es in Hamburg das erste sozial-liberale Bündnis seit 1982 geben wird, nein geben muß, könnte ein gutes Zeichen für eine erneute Öffnung der FDP in den neunziger Jahren sein.

Die für die CDU vernichtenden Wahlniederlagen sind mit Sicherheit auch auf die abstruse Haltung der Konservativen in der Raketenabrüstungsfrage zurückzuführen. Wer sich geradezu fetischistisch an „seine“ Raketen klammert, obwohl alle anderen Mächte umfassend abrüsten wollen, verliert bei vernünftigen Wählerinnen und Wählern am Ende Glaubwürdigkeit und Prozente.

Zwei weitere Merkmale der Wahlen am vergangenen Sonntag geben auch uns in Bayern wichtige Zukunftsperspektiven:

- Die Bauern haben die verfehlte Agrarpolitik der Konservativen satt. Die Dörfer und die kleinen Städte sind keine Domänen mehr von CDU/CSU, die Sozialdemokraten gewinnen immer mehr Vertrauen auf dem Land. Bei der bayerischen Landtagswahl hat sich diese Entwicklung bereits deutlich angebahnt. In Rheinland-Pfalz mußte die CDU bei den Bauern und Winzern schwere Verluste hinnehmen.
- In Hamburg haben die Sozialdemokraten in der Wählerschicht der Angestellten besonders gut abgeschnitten. Hier zeichnet sich ab, daß die SPD in diesem Bereich wieder an Kompetenz und Ansehen gewinnt. Das gibt uns Hoffnung auch für die bayerischen Großstädte.

(-/20.5.1987/rs/ks)



Gauweiler wird zum Gesundheitsrisiko

Der bayerische Maßnahmenkatalog ist ein schwerer Rückschlag für die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Herr Gauweiler hat seine überzogenen und gefährlichen Forderungen, die angeblich der Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS dienen sollen jetzt von der bayerischen Staatsregierung offiziell absegnen lassen. Nach monatelanger Vorarbeit (unter anderem durch ein Hearing mit fast ausschließlich Gauweiler-konformen Sachverständigen im Landtag) wurde ein einhellig von allen anderen Parteien abgelehnter Maßnahmenkatalog verabschiedet, der objektiv auch den Bemühungen der zuständigen Bundesministerin um eine wirksame Aufklärung zuwiderläuft.

Damit wird Herr Gauweiler zum Gesundheitsrisiko. Die bayerische Staatsregierung trägt mit diesem Katalog dazu bei, die weitere Ausbreitung der Krankheit zu fördern und damit das angebliche Ziel, Gesunde zu schützen und Kranken zu helfen, nicht zu erreichen.

- Die amtliche namentliche Meldepflicht für Infizierte wird dazu führen, daß gerade Personen aus den sogenannten Hauptrisikogruppen keinen HIV-Antikörpertest mehr durchführen lassen oder zumindest diesen Test nicht mehr im Bundesland Bayern durchführen lassen. Statistisch dürfte Bayern aufgrund des Wegtauchens beziehungsweise aufgrund der Durchführung der Tests in anderen Bundesländern sodann zum AIDS-freien Land werden - Herr Gauweiler wird von papierenen Erfolgen sprechen können.
- Die AIDS-Untersuchung von Beamtenanwärtern muß als verfassungswidrig bezeichnet werden. Was will die bayerische Staatsregierung mit einem derartigen Zwangstest erreichen, wenn nicht von vornherein zu erreichen, daß HIV-positive Personen vom Staatsdienst ausgeschlossen werden - quasi ein Berufsverbot für HIV-Infizierte. Ist Herr Gauweiler der Auffassung, daß eine HIV-infizierte Person keine Urteile fällen darf, keine Briefe austragen darf?
- Die Untersuchung von bestimmten Ausländergruppen dient wohl lediglich dazu eine neue Form von Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Offensichtlich soll hier ein neues, speziell bayerisches Ausländerrecht geschaffen werden. Unter Hinzuziehung dieses Beschlusses wird klar, daß Bundesinnenminister Zimmermann durch seinen Erlass an die Grenzschutzbehörden lediglich die bayerischen Maßnahmen bundespolitisch flankiert hat beziehungsweise versuchte diese Maßnahmen auf kaltem Wege bundespolitisch durchzusetzen.
- Wie stellt sich Herr Gauweiler die Durchsetzung der „Kondompflicht“ für Prostituierte vor? Will Herr Gauweiler Kondombeauftragte zur Kontrolle einsetzen?
- Der Beschluß über die Möglichkeit zur „Absonderung“ Infizierter unter bestimmten Voraussetzungen (wie ist das, Herr Gauweiler?) in therapeutische Einrichtungen (AIDS ist zur Zeit leider noch nicht therapierbar) läßt denn letztendlich die „Katze aus dem Sack“. Die schlimmsten Befürchtungen bestätigen sich: Durch Meldepflicht, Zwangstest und andere administrative Maßnahmen ausfindig gemachte Infizierte sollen abgesondert, gesellschaftlich isoliert werden.

Dieser Beschluß der bayerischen Staatsregierung ist nicht nur in einzelnen Punkten, sondern in seiner Gesamtheit der eindeutige Versuch der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Personen, die Hilfe und Unterstützung brauchen.

Die Beschlüsse der bayerischen Staatsregierung machen die Durchführung der einzig sinnvollen Anti-AIDS-Mittel, nämlich der Aufklärung und der Prävention, sehr viel schwieriger. Alle Parteien sind gefordert, um die Horrorbeschlüsse des bayerischen Kabinetts als gefährliche, demagogische Augenschwermerei (es wird ein falsches Gefühl der Sicherheit erzeugt) zu entlarven. Alle Parteien, Verbände und Betroffenenengruppen sind gefordert, den notwendigen öffentlichen Druck zu erzeugen, damit diese skandalösen, unsinnigen und gefährlichen Beschlüsse im Müllimer der Geschichte landen.

(-/20.5.1987/rs/ks)

* * *

Die Arzneimittelsicherheit erhöhen

Der Staat muß eine berechenbare Instanz für die Pharmazeutische Industrie sein

Von Karl Hermann Haack MdB

Die Frage der Arzneimittelsicherheit hat im Bewußtsein unserer Bevölkerung einen besonders hohen Rang. Die in der Presse diskutierten Arzneimittelzwischenfälle der Vergangenheit haben das Bewußtsein der Öffentlichkeit geschärft. Somit ist verständlich, wenn man heute in Deutschland dem Gut Arzneimittel mit Skepsis begegnet.

Allerdings: Zu kaum einem anderen Gut hat unsere Bevölkerung ein ähnlich ambivalentes Verhältnis, wie zum Arzneimittel. Einerseits reagiert sie auf Meldungen über Arzneimittel-Nebenwirkungen äußerst sensibel, andererseits hält der Trend zu einem immer höheren Arzneimittelverbrauch unverändert an. Einerseits ist das Bewußtsein über einen zu hohen Arzneimittelkonsum fast Allgemeingut, andererseits ist die persönliche Bereitschaft, den eigenen Arzneimittelkonsum unter gesundheitlichen Gesichtspunkten einzuschränken, außerordentlich unterentwickelt. Bildhaft ausgedrückt: Der einzelne Bürger ist Toxikologe und Therapeut in einer Person. Die Rolle des Therapeuten spielt er für sich selbst, die Rolle des Toxikologen für den Nachbarn.

Erst die Contergan-Affäre hat die Diskussion um die Arzneimittelsicherheit in Gang gebracht. Es ist Allgemeingut, daß das damals gültige Arzneimittel-Gesetz der Jahre 1961/62 sich als ein ungenügendes Instrument erwiesen hatte, Arzneimittel-Sicherheit zu gewährleisten.

Bitter für uns alle ist sicherlich die Erkenntnis, daß erst das mit Contergan verbundene menschliche Leid denen Recht gab, die schon damals schärfere gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Arzneimittel-Sicherheit gefordert hatten.

Als Konsequenz aus dem Contergan-Unfall wurde das bis dahin geltende Arzneimittel-Gesetz einer gründlichen Neuordnung unterzogen. Ziel war es, die Arzneimittel-Sicherheit entscheidend zu verbessern. Allen an der Gesetzgebung Beteiligten war klar, daß Arzneimittel-Unfälle durch keine gesetzliche Regelung, und sei sie noch so perfekt gemeint, mit letzter Sicherheit wirklich verhindert werden konnten. Verbesserung der Arzneimittel-Sicherheit hieß also für den Gesetzgeber, das Risiko so gering zu halten, wie nur eben möglich. Für die Zukunft heißt das: Das geltende Recht und die Rechtsverordnungen müssen ständig dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand angepaßt werden. Arzneimittel-Gesetzgebung ist ihre ständige Novellierung.

Wir Sozialdemokraten haben während der Arbeit an der Arzneimittel-Rechtsnovelle im Jahre 1976 unser besonderes Augenmerk auch darauf gerichtet, daß ein Arzneimittel-Sicherheitsgesetz entsteht, und nicht Fragen der Arzneimittel-Sicherheit mit Fragen der Wirtschaftlichkeit der Arzneimittel-Versorgung verquickt werden. Beides sind unterschiedliche Fragenkomplexe, die unterschiedliche Antworten verlangen.

Dafür ein Beispiel: Wir Sozialdemokraten sind Anhänger einer Positivistik für die Verschreibung von Arzneimitteln. Aber die Positivistik kann kein Bestandteil eines zu novellierenden Arzneimittel-Gesetzes sein, denn Arzneimittel-Sicherheit ist der eine Schuh und Arzneimittel-Wirtschaftlichkeit der andere. Beide Schuhe ergeben das Paar einer sicheren und wirtschaftlichen Arzneimittel-Versorgung.



Wer sich heute fragt: Hat die Arzneimittelrechts-Novelle von 1976 eine Verbesserung der Arzneimittel-Sicherheit erreicht, wird dies mit einem klaren „Ja“ beantworten müssen. Allerdings: Der Stand von 1976 kann nicht der Stand von 1987 sein. Daran ändert auch die vor wenigen Monaten verabschiedete Novelle des Arzneimittel-Gesetzes nach unserer Auffassung nichts. Diese Novelle hat deswegen nicht unsere Zustimmung gefunden, weil unseres Erachtens die Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft worden sind. Folglich werden wir in dieser Legislaturperiode hier einen erneuten Schwerpunkt unserer Arbeit setzen.

Arzneimittel-Sicherheit hat viel mit Vertrauen zu tun. Das, was gesetzlich regelbar ist, muß gesetzlich geregelt werden. Zur Erinnerung: Nach dem Contergan-Debakel wurde die Forderung „Der Staat hat die Verantwortung für die Arzneimittel-Sicherheit zu tragen“ als eine Aufforderung zur Kulturrevolution betrachtet. Heute wissen wir: Es gibt immer einen Restbestand von Problemen, der sich gesetzlicher Regelung entzieht und nur durch Vertrauen geregelt werden kann. Staat und Arzneimittel-Hersteller müssen gegenseitig berechenbar sein. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Vertrauensvolle Zusammenarbeit meint nicht Interessen-Kumpanei, vertrauensvolle Zusammenarbeit meint: Plausibilität der wissenschaftlichen Methode und Integrität der handelnden Personen. Das ist vertrauensstiftend.

Vertrauen setzt Vertrauenswürdigkeit voraus. Wer die Fälle der Diskussionen um vermeintliche oder tatsächliche Arzneimittel-Zwischenfälle der vergangenen Jahre auflistet, der wird auch auflisten, wie betroffene Firmen reagiert haben und sich Kritikwürdiges haben nachsagen lassen müssen.

Das Fehlverhalten schädigt nicht nur die Vertrauenswürdigkeit des einzelnen Unternehmens, vielmehr wird die Vertrauenswürdigkeit des gesamten Industriezweiges dadurch berührt. Wie schnell Vertrauenswürdigkeit zerstört werden kann, und welche schwerwiegenden Folgen dies für einen Industriezweig haben kann, zeigt ein Blick auf die derzeitige Situation der chemischen Industrie.

Wir alle wissen: Wenn sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit erst der Eindruck verfestigt hat, es sei zweckmäßiger, zunächst einmal das Gegenteil von dem anzunehmen, was ein Vertreter eines betroffenen Industriezweiges öffentlich erklärt hat, dann ist die Vertrauensbasis gründlich ruiniert. Ruinierte Glaubwürdigkeit wäre gerade für die Pharmazeutische Industrie verheerend. Falsch wäre es, sich nicht mit den Gründen auseinanderzusetzen, sondern verlorengegangene Glaubwürdigkeit nur auf eine der Industrie widrige Medienlandschaft zurückzuführen. Heute ist eine kritische Gegenöffentlichkeit entstanden, und wir müssen feststellen, daß das Tabu „Arzneimittel“ mehr und mehr im kritischen Dialog abgerissen wird. Diese frühere Mythologisierung kann nur durch Vertrauensarbeit ersetzt werden.

Es ist immer noch so, daß die Bevölkerung zu allererst von der Pharmazeutischen Industrie eine Versorgung mit Arzneimitteln erwartet, die sicher ist. Somit ist die Pharmazeutische Industrie abhängig vom Vertrauens-Potential der Öffentlichkeit, auch wenn diese zunehmend kritischer wird. Die beschädigte Vertrauenswürdigkeit eines Industriezweiges zwingt immer den Staat zum Handeln. Wie er handelt und in welchem Maße, liegt am Verhalten des jeweiligen Industriezweiges.

Allerdings ist auch festzuhalten: Der Staat - hier vertreten zum Beispiel durch das Bundesgesundheitsamt - muß eine verlässliche und berechenbare Instanz für die Pharmazeutische Industrie darstellen. Auch hier besteht die Pflicht des Staates zur Vertrauensarbeit. Listet man Vergangenes auf, so kommt man nicht umhin, festzustellen, daß dort Zustände eingerissen sind, die wir von der SPD kritisch aufarbeiten werden. Noch sind viele Fragen offen, die den Problem-Komplex der Arzneimittel-Sicherheit elementar berühren. Dies bezieht sich sowohl auf das Selbstverständnis des Bundesgesundheitsamtes als staatliche Instanz, auf mögliche Interessenkollisionen, aber auch auf die Rolle dieser Bundesbehörde als Dienstleistungsunternehmen im Rahmen der Arzneimittel-Zulassung. Dies alles wird uns in der 11. Legislaturperiode noch ausreichend beschäftigen.

(/20.5.1987/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

AvS: In großer Sorge über neonazistische Tendenzen

Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) die vom 15. bis 17. Mai 1987 in München stattfand, hat folgende Erklärung beschlossen:

1. Die Mitglieder der AvS, die in vielfältiger Weise bemüht sind, als Zeitzeugen die Menschenverachtung und Vernichtung der Nazizeit zu vermitteln, damit ein stets lebendiges „Nie wieder“ wach und gegenwärtig bleibt, sind beunruhigt über das mangelnde konkrete Wissen über diese Zeit in der Jugend. Mit großer Sorge erfüllen uns die wachsenden neonazistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft. Wir erheben warnend unsere Stimme. Staat und Gesellschaft sind aufgefordert, alle gebotenen Mittel gegen die Feinde der Demokratie einzusetzen.
2. Die Bundeskonferenz der AvS stellt mit Befriedigung fest, daß sich im sogenannten Historikerstreit Wissenschaftler mit großer Entschiedenheit gegen Versuche wenden, die Ungeheuerlichkeit und Einmaligkeit der NS-Verbrechen zu leugnen.
3. Die Bundeskonferenz der AvS begrüßt die Initiativen zur Schaffung von Jugendbegegnungsstätten in Auschwitz und Dachau und die Förderung der in Auschwitz eröffneten Einrichtung durch die deutsche Bundesregierung und Landesregierungen. Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten unterstützt alle Bemühungen, die noch bestehenden Widerstände gegen die Realisierung des Projekts in Dachau zu überwinden.
4. Die Bundeskonferenz der AvS wiederholt mit Nachdruck ihre schon bei früheren Gelegenheiten geäußerte Kritik an Bestimmungen für Asylanten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie hält vor allem das auf fünf Jahre ausgedehnte Verbot, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, und die rigorose Einengung der Bewegungsfreiheit von Asylanten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland für unvereinbar mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gebietet. Die Bundeskonferenz appelliert an alle zuständigen Stellen, diese Bestimmungen so zu ändern, daß sie nicht länger gegen die Menschenrechte der Asylanten verstoßen.

(-/20.5.1987/vo-he/rs)

* * *

